

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckort: Dresden.
Telegraphisch: Nachrichten Dresden.
Telegraphische Nummer: 20 241
Telefon: 20 011

Lobbeck KAKAO, SCHOKOLADE
MARKE DREIRING
Firma gegr. 1838.

Bezugsgebühr vom 16. bis 31. Januar 1927 bei täglich zweimaliger Auslieferung des Hauses 1.50 Mark. Vollpreispreis für Monat Januar 1 Mark ohne Postzettelgebühr Einzelnummer 15 Pfennig.

Unzeichenpreise. Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet: die einzelpreise 10 mm breite Zeile 10 Pf., für ausmärsche 35 Pf., Sammelanzeigen und Stellenanzeige ohne Rabatt 10 Pf., außerhalb 10 Pf., die 90 mm breite Anzeigenzeile 150 Pf., überhalb 200 Pf. Überfertigungsgebühr 10 Pf. Zusätzliche Haushalte gegen Vorreisung.

Schriftleitung und Hauptredaktionelle:
Karlstraße 38/4
Druck u. Verlag von Giesecke & Reichert in Dresden
Postleitzahl 1050 Dresden

Nachmittag-Tee mit Konzert
Mittag- und Abend-Tafe in
Terrassen-Saal an der Elbe.
Bekannter vornehme Tafelmusik
Festsäle im Konferenzzimmer.
Jeden Mittwoch Abend
Reunion

Hotel Bellevue

Änderungen in der Kabinettsliste.

Widerstände gegen Graef. — Verhandlungen Hindenburgs mit den Deutschnationalen.

Das Reichsbanner mit Marx unzufrieden. — Eröffnung der „Grünen Woche“ in Berlin. — Kein Vormarsch Kanlons auf Schanghai.

Vindeiner-Wildau Innenres — Herzl Justiz?

Berlin, 29. Jan. Bei der Verteilung der Ministerien haben sich im Laufe des heutigen Tages noch gewisse Schwierigkeiten ergeben, die ihren Grund in einer wahren Kapitulation haben. Das Zentrum und auch ein Teil der Deutschen Volkspartei haben sich nämlich daran gestellt, daß der deutschnationale Abg. Graf, der bekanntlich den Reichsjustizminister zu nehmen einschreiten sollte, als die Deutschnationalen im Reichstage das Präsidium erhielten und der Abg. Graf Präsident wurde, sich weigerte, den Besuch des Reichstagspräsidenten beim damaligen Reichspräsidenten Ebert mitzumachen. Man behauptet nun, Herr Graf habe damit eine so starke Erkrankung der republikanischen Staatsform und ihrer Einrichtungen gezeigt, daß er jetzt nicht Minister werden könne. Nun liegen die Dinge so, daß der Reichskanzler Dr. Marx gestern, als von der deutschnationalen Fraktion der Abgeordnete Graf als Zusatzminister präsentiert wurde, keinerlei Bedenken gegen ihn hatte. Da also der Reichskanzler jetzt nicht verlangen kann, daß die Deutschnationalen Fraktion an Stelle des Abgeordneten Graf einen anderen für den Justizministerposten vorschlägt, so hat man sich von Zentrumseite an den Reichspräsidenten von Hindenburg gewandt mit der Bitte, doch an Stelle des Abgeordneten Graf eine andere Persönlichkeit zum Reichsjustizminister ernennen zu wollen.

Reichspräsident v. Hindenburg hat heute mittag die deutschnationalen Abgeordneten Graf, Welsch und Wallraf zu einer Besprechung über die neuen personellen Schwierigkeiten empfangen. Graf Wallraf hatte sofort nach seiner Rückkehr vom Reichspräsidenten eine Unterredung mit dem Abgeordneten Graf-Thüringen. In parlamentarischen Kreisen erwartet man, daß die Deutschnationalen zunächst unter sich die Schwierigkeiten beraten werden, die sich bei der personellen Zusammensetzung des Kabinetts ergeben haben, und daß eine interfraktionelle Besprechung erst im Laufe des Nachmittags stattfindet.

In parlamentarischen Kreisen wird, wie das Nachrichtenbüro des B. D. A. weiter hört, davon geworben, daß Abgeordneter Graf von seiner Kandidatur zurückgetreten sei und nunmehr der Abg. v. Vindeiner-Wildau das Innenministerium und Abg. Herzl das Justizministerium übernehmen wird.

Das Bureau gibt diese Nachricht jedoch noch als völlig unverbindlich wieder.

Es wird in parlamentarischen Kreisen erwartet, daß noch heute nachmittag eine Lösung der Schwierigkeiten gelingen wird und daß das neue Kabinett noch heute abend endgültig zusammenkommen kann. Hedenfalls dürfte die offizielle Ministerliste infolgedessen frühestens erst heute abend veröffentlicht werden können.

Wirth stimmt gegen das Kabinett.

In den Berliner Blättern wird, wie das Nachrichtenbüro des B. D. A. hört, Reichskanzler a. D. Dr. Wirth eine Erklärung verbüffentlich, daß er das Kabinett ablehne und bei der Abstimmung gegen das Votranenabstimmung stimmen werde.

Volksparteiliche Hoffnungen auf den Polen Gehlers?

Köln, 29. Jan. Zu den abgeschlossenen Verhandlungen über die Regierungsbildung schreibt die „Kölner Zeitung“. Nun habe die Deutsche Volkspartei ihren sachlich gut begründeten Anspruch auf das dritte Ministerium, das Verkehrsministerium, fallen gelassen, sie habe aber damit nicht etwa eine Anerkennung der Ansprüche der übrigen Konservativenparteien ausgesprochen, sondern sei dem dringenden Appell des Reichspräsidenten gefolgt, der um ihre nationale Überbereitschaft gebeten habe. Nach dem Austritt Gehlers aus der Demokratischen Partei würden wohl auch seine Tage in einem parlamentarischen Kabinett geendet sein, so daß sein Rücktritt, der zu einem späteren Termin ohne Brüderlichkeit erfolgen könnte, der Deutschen Volkspartei Gelegenheit geben werde, im neuen Kabinett die Stärke der Vertretung zu sichern, auf die sie Anspruch habe.

Reichsbannersorgen.

Die Republikaner fordern ein Misstrauensvotum gegen Marx.

Berlin, 29. Jan. Im Zusammenhang mit der Bildung einer Regierung unter Teilnahme des Zentrums und unter Führung von Dr. Marx, der selbst Mitglied des Reichsbanners ist, war sowohl von sozialdemokratischer wie auch von kommunistischer Seite die Behauptung aufgestellt worden, daß angesichts dieser Tatsache zahlreiche Austritte aus dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold erfolgt seien. Die Standesleitung des Reichsbanners nimmt jetzt

in einer Erklärung zu diesen Angriffen Stellung, indem sie betont, daß an diesen Behauptungen kein wahres Wort sei. Am übrigen werde der Bundesvorstand nach Abschluß der Regierungsbildung im Reiche zu der neuen politischen Lage Stellung nehmen und seine Beschlüsse sofort veröffentlichen.

Wie wir zu dieser Erklärung weiter erfahren, wird in nachgehenden Kreisen des Reichsbanners nicht bestritten, daß die Entwicklung der innerpolitischen Lage, vor allem die Haltung des Zentrums eine gewisse Beunruhigung in der Mitgliedschaft hervorgerufen habe. Man ist bei einem Teil der Mitglieder unzufrieden mit der Haltung des Zentrums und findet überhaupt die ganz Haltung des Reichsbanners nicht zufrieden genug. Es ist charakteristisch, daß auf einer gestern abgehaltenen Kreisversammlung in Berlin sogar eine Entschließung eingebracht wurde, die ein Misstrauensvotum des Reichsbanners gegen Dr. Marx forderte. Es gelang jedoch der Gauleitung noch, die Gemüter zu beschwichten, so daß diese Resolution nicht angenommen wurde. Wie der Bundesvorstand des Reichsbanners weiter mitteilt, sind im Gau Berlin-Brandenburg an den leitenden Stellen Personalveränderungen vorgenommen worden. So ist der bisherige Kämmerer des Berliner Reichsbanners, ein gewisser Wilhelm Ahrens, wegen Unregelmäßigkeiten seines Vorfahrt entthoben worden. Ahrens hat Unterschlagungen begangen, die jedoch immerhin noch rechtzeitig entdeckt werden konnten, so daß sie noch keinen größeren Umfang angenommen haben.

Die Aufgaben des neuen Kabinetts.

Ergebnis der Besprechung unter der Berliner Schriftleitung

Berlin, 29. Jan. In den maßgebenden Berliner politischen Kreisen hat es allgemein große Beliebung ausgelöst, daß die längste und schwierigste Kriege, die bisher dem deutschen Parlamentarismus beschieden war, durch eine Regierungsbildung gelöst werden könnte, die Gewalt basiert. Und nun hat

geraume Zeit mit sicherem Mehrheitsverhältnis realisiert werden kann. Man weiß darauf hin, daß das Geschwür der Berliner Presse, es handelt sich bei dem neuen Kabinett um einen „Bürgerblod“, ganz töricht ist. Von einem jungen „Bürgerblod“ also einer ausgesprochen arbeiterfeindlichen Regierung könne schon deshalb keine Rede sein, weil ja der Sektor der Sozialpolitik, wie sie das vorausgegangene Kabinett, das man nicht als einen „Bürgerblod“ anzuwenden pflegte, trief, der gleiche geblieben ist. Dr. Brauns gehört auch der neuen Regierung als Arbeitsminister an. Im übrigen verfügt das Zentrum, obwohl es nur etwas über die Hälfte ist als die größte Koalitionspartei, die Deutschnationalen, über prozentual mehr Ministerposten als diese. Man weiß ferner darauf hin, daß die Persönlichkeiten der Zentrumsminister zumeist stark nach links neigen, daß aber auch den Deutschnationalen die man auf der linken Seite aern als Vertreter des Unternehmers bezeichnete, alle sozialpolitisch „reaktionären“ Gedankengänge völlig fern liegen. Das steht klar daraus hervor, daß sich unter ihren Ministern ein Mann befindet wie Dr. h. c. Koch, der aus dem Arbeiterschaft hervorgegangen ist und es als Arbeiterschaft natürlich nicht auf sich nehmen würde, einen Kurs einzusteuern, der den Interessen der arbeitenden Bevölkerung zuwider wäre.

Man ist darum in politischen Kreisen Berlins der Auffassung, daß die Toten des neuen Kabinetts schneller, als sie seinen Gegnern lieb-sein dürften, das Märchen vom „Bürgerblod“ vernichtet werden.

Weiterhin wird aber auch in den Berliner politischen Kreisen hervorgehoben, daß die neue Regierung eine Abwehrfront gegen ein weiteres Vordringen des Marxismus darstelle. Man betont, daß es vor allem für die deutschnationalen Minister die Hauptaufgabe sein müsse, dafür zu sorgen, daß der echte vaterländische Geist sich in unserem Volk ausbreite, daß der deutschen Arbeit in Stadt und Land der notwendige Schutz antrete, daß der deutsche Arbeiter,

auch der, der heute noch der Sozialdemokratie angehört, einschreite, daß auch er ein notwendiges Glied der staatsbürglerlichen Gesellschaft ist, für das diese in Notzeiten mit ihr zu Gebote stehenden Mitteln einzutreten hat, und daß weiter der kritische Geist wieder Einzug in die Erziehung unserer Jugend halten muß, damit der hier vielfach

zurückgetretenden Verniedrigung ein Ende bereitet wird.

Man verkennt hier nicht, daß in der Zusammenfassung des neuen Kabinetts gewisse Schwierigkeiten liegen können, hofft aber doch, daß sich solche nicht ergeben werden. Es wird betont,

daß sich der bewährte Reichsminister Etting nicht lediglich aus Gesundheitsrücksichten vom bisherigen Amt zurückzogen hat, sondern auch deshalb, weil es ihm schwer fiel, mit einem Manne, wie dem neuen Reichsfinanzminister Löbeler, der als Minister die Friedensmarke im Badischen Landtag auf das

soziale bestimmt hat, zusammenzuarbeiten.

Man verkennt hier nicht, daß in der Zusammenfassung des neuen Kabinetts gewisse Schwierigkeiten liegen können, hofft aber doch, daß sich solche nicht ergeben werden. Es wird betont,

daß sich der bewährte Reichsminister Etting nicht lediglich aus Gesundheitsrücksichten vom bisherigen Amt zurückzogen hat, sondern auch deshalb, weil es ihm schwer fiel, mit einem Manne, wie dem neuen Reichsfinanzminister Löbeler, der als Minister die Friedensmarke im Badischen Landtag auf das

soziale bestimmt hat, zusammenzuarbeiten.

Man verkennt hier nicht, daß in der Zusammenfassung des neuen Kabinetts gewisse Schwierigkeiten liegen können, hofft aber doch, daß sich solche nicht ergeben werden. Es wird betont,

daß sich der bewährte Reichsminister Etting nicht lediglich aus Gesundheitsrücksichten vom bisherigen Amt zurückzogen hat, sondern auch deshalb, weil es ihm schwer fiel, mit einem Manne, wie dem neuen Reichsfinanzminister Löbeler, der als Minister die Friedensmarke im Badischen Landtag auf das

soziale bestimmt hat, zusammenzuarbeiten.

Man verkennt hier nicht, daß in der Zusammenfassung des neuen Kabinetts gewisse Schwierigkeiten liegen können, hofft aber doch, daß sich solche nicht ergeben werden. Es wird betont,

daß sich der bewährte Reichsminister Etting nicht lediglich aus Gesundheitsrücksichten vom bisherigen Amt zurückzogen hat, sondern auch deshalb, weil es ihm schwer fiel, mit einem Manne, wie dem neuen Reichsfinanzminister Löbeler, der als Minister die Friedensmarke im Badischen Landtag auf das

soziale bestimmt hat, zusammenzuarbeiten.

Man verkennt hier nicht, daß in der Zusammenfassung des neuen Kabinetts gewisse Schwierigkeiten liegen können, hofft aber doch, daß sich solche nicht ergeben werden. Es wird betont,

daß sich der bewährte Reichsminister Etting nicht lediglich aus Gesundheitsrücksichten vom bisherigen Amt zurückzogen hat, sondern auch deshalb, weil es ihm schwer fiel, mit einem Manne, wie dem neuen Reichsfinanzminister Löbeler, der als Minister die Friedensmarke im Badischen Landtag auf das

soziale bestimmt hat, zusammenzuarbeiten.

Man verkennt hier nicht, daß in der Zusammenfassung des neuen Kabinetts gewisse Schwierigkeiten liegen können, hofft aber doch, daß sich solche nicht ergeben werden. Es wird betont,

daß sich der bewährte Reichsminister Etting nicht lediglich aus Gesundheitsrücksichten vom bisherigen Amt zurückzogen hat, sondern auch deshalb, weil es ihm schwer fiel, mit einem Manne, wie dem neuen Reichsfinanzminister Löbeler, der als Minister die Friedensmarke im Badischen Landtag auf das

soziale bestimmt hat, zusammenzuarbeiten.

Man verkennt hier nicht, daß in der Zusammenfassung des neuen Kabinetts gewisse Schwierigkeiten liegen können, hofft aber doch, daß sich solche nicht ergeben werden. Es wird betont,

daß sich der bewährte Reichsminister Etting nicht lediglich aus Gesundheitsrücksichten vom bisherigen Amt zurückzogen hat, sondern auch deshalb, weil es ihm schwer fiel, mit einem Manne, wie dem neuen Reichsfinanzminister Löbeler, der als Minister die Friedensmarke im Badischen Landtag auf das

soziale bestimmt hat, zusammenzuarbeiten.

Man verkennt hier nicht, daß in der Zusammenfassung des neuen Kabinetts gewisse Schwierigkeiten liegen können, hofft aber doch, daß sich solche nicht ergeben werden. Es wird betont,

daß sich der bewährte Reichsminister Etting nicht lediglich aus Gesundheitsrücksichten vom bisherigen Amt zurückzogen hat, sondern auch deshalb, weil es ihm schwer fiel, mit einem Manne, wie dem neuen Reichsfinanzminister Löbeler, der als Minister die Friedensmarke im Badischen Landtag auf das

soziale bestimmt hat, zusammenzuarbeiten.

Man verkennt hier nicht, daß in der Zusammenfassung des neuen Kabinetts gewisse Schwierigkeiten liegen können, hofft aber doch, daß sich solche nicht ergeben werden. Es wird betont,

daß sich der bewährte Reichsminister Etting nicht lediglich aus Gesundheitsrücksichten vom bisherigen Amt zurückzogen hat, sondern auch deshalb, weil es ihm schwer fiel, mit einem Manne, wie dem neuen Reichsfinanzminister Löbeler, der als Minister die Friedensmarke im Badischen Landtag auf das

soziale bestimmt hat, zusammenzuarbeiten.

Der soziale Charakter der neuen Regierung.

Das neue Kabinett Marx bietet durch die Eigenart des in ihm vertretenen Persönlichkeiten und durch den Grundzweck seines sozialen Wesens, der in dem Begriffe besteht, die Vorteile einer rein bürgerlichen Regierung im Vergleich mit einem sozialdemokratisch beeinflußten Kabinett nach allen Seiten hin augenscheinlich zu machen, die Gewähr einer langen Dauer. Dieser Schluß ist auch auf Grund der Erfahrungen mit dem ersten Kabinett Luther gerechtfertigt, da ja nun mehr die damaligen außenpolitischen Hemmungen fortgeschafft sind. Wenn die Demokraten in der bürgerlichen Front stehen, so ist das nicht deshalb zu befürchten, weil dadurch die Stärke des bürgerlichen Gedankens um eine ganz kleine Runde beeinträchtigt wird; das fällt gar nicht ins Gewicht, da die demokratischen Stimmen für die kompakte Mehrheit des Kabinetts durchaus nicht erforderlich sind. Wohl aber kann man ein Gefühl der Wissens darüber empfinden, daß eine Partei, die sich bürgerlich nennt und die doch immerhin starke Anteilnahmen in ihren Reihen vereinigt hatte, die bürgerliche Sache Schritt für Schritt verriet, bis sich schließlich ihre besten Köpfe von ihr trennten und sie nur noch als ein bedingungsloses Anhänger der Sozialdemokratie in Erscheinung trat. Diese antibürgerliche Politik wird gefördert durch das jeweils Verhalten der Demokratischen Partei, das nun auch Dr. Gehler veranlaßt hat, zwischen seinem Wege und dem der Partei einen deutlichen Markierkampf zu ziehen. Eine solche Partei, welche die Grundzielfähigkeit zum Grundsatz erhoben hat, kann ihrem Schicksal zwischen rechts und links zerrieben zu werden, nicht entgehen.

Ein hervorstechendes Merkmal des jetzigen Kabinetts Marx ist der wesentliche sozialpolitische Einschlag, der auf persönlichem Gebiete durch die Betroffung des deutschnationalen Gewerkschaftsführers Koch mit dem wichtigen Verkehrsministerium in Erscheinung tritt. Programmatisch erhält die hervorragende Rolle, die das Soziale in der künftigen inneren Politik spielen wird, schon äußerlich aus dem großen Umfang, den in den Richtlinien der Abstimmung über die Sozialpolitik im Verhältnis zu den übrigen Punkten einnimmt. Den sozialen Gesichtspunkt nachdrücklich zu betonen, ist für die neue Regierung vor allem nötig, um das aufreizende Schlagwort des „Bessergörberblocks“ jeder agitatorischen Zugestraße für die nächsten Wahlen zu berauben. Nebenbei wird die besondere Karriere Rücksichtnahme auf alle in das soziale Gebiet einschlagenden Fragen wesenlich mitbedingt durch die erhebliche Zahl der bürgerlichen Wähler aus Arbeitnehmerkreisen, auf die sich die kommende Regierung stützt. Durch den Rückhalt, den die Bevölkerungsschichten dem neuen Kabinett bieten, wird die Stellung der Arbeitnehmerabgeordneten in den bürgerlichen Parteien moralisch sehr gestärkt. Befriedet man freilich die Mandatsverteilung rein ziffernmäßig, so gebieten die bürgerlichen Arbeitnehmerabgeordneten bei weitem nicht über so viel Mandate, wie sie nach ihrer Stimmenzahl eigentlich beanspruchen könnten. Bei der letzten Reichstagswahl erhielten Sozialisten und Kommunisten zusammen 10% Millionen Stimmen (7,8 und 2,7 Millionen). Dieser Teil der Arbeitnehmer wird im Reichstag durch 176 Mandate repräsentiert. Obwohl nun aber diesen 10% Millionen sozialistischer und kommunistischer Wähler aus den Kreisen der Arbeitnehmer über 9 Millionen Arbeitnehmer im bürgerlichen Lager gegenüberstehen, haben letztere nur insgesamt 39 Vertreter ihrer besonderen Interessen im Reichstag zu verzeihen; der Hauptteil davon entfällt auf das Zentrum und die Deutschnationalen. Dieser Nebelstand der zu geringen zahlmäßigen Stärke der bürgerlichen Arbeitnehmerabgeordneten wird in steigendem Maße von der Führung der großen bürgerlichen Parteien erkannt und empfunden, und seine Korrektur bei den nächsten Wahlen durch erweiterte Aufstellung entsprechender Kandidaten wird nicht ausbleiben, wie aus den Auslösungen maßgebender Parteiuflagen hervorgeht. In der Deutschen Volkspartei ist der Mangel an Arbeitnehmerabgeordneten bisher am ausgeprägtesten gewesen. Die parteioffizielle „Nationalliberale Korrespondenz“ beschäftigt sich in einer eingehenden Betrachtung mit dieser Erscheinung und führt sie darauf zurück, daß die